

# Weg mit der rosaroten Brille!

Die GEW Bayern plädiert zum Schuljahresbeginn für einen klaren Blick auf die Realität an Bayerns Schulen

*Mitteilung: GEW Bayern*

**W**ieder und wieder klopft sich das Kultusministerium ganz kräftig auf die Schulter: „Bayern vorne!“ Der aktuelle „Bildungsmonitor“ würde es doch wieder zeigen: „Junge Menschen haben in Bayern überdurchschnittlich gute Bildungschancen.“ Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus: Das Angebot an Ganztagschulen in Bayern ist katastrophal, die Klassengrößen sprechen jedem pädagogischen Anspruch Hohn, der Unterrichtsausfall ist enorm hoch, Bayern ist „vorne“ mit der höchsten Anzahl an „Sitzenbleibern“ in der Sekundarstufe I, Bayern ist „vorne“ mit der hohen sozialen Selektivität seines zergliederten Schulsystems. Die große Aufgabe Inklusion harrt noch immer einer Lösung. Gleichzeitig suchen über 5300 gerade ausgebildete junge Lehrer\*innen, die dringend gebraucht würden, händeringend nach einer festen Stelle an den Schulen.

1. Es fällt weit mehr regulärer Unterricht aus, als in den geschönten Statistiken des Ministeriums eingeräumt wird. Viel zu oft geht es hier nur noch um die Verwaltung des Mangels. Nach wie vor gibt es deutlich zu wenige mobile oder integrierte „Reserven“. Ein kleines Beispiel nur war im vergangenen Schuljahr der Unterrichtsausfall am Reichsstadt-Gymnasium in Rothenburg.

2. Zur Einstellungssituation bzw. zur Arbeitslosigkeit von Lehrer\*innen an Schulen stellt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fest: Ungefähr 5300 erfolgreich ausgebildete junge Lehrkräfte waren im August ohne Stelle. Besonders hart trifft es die Kolleg\*innen, die an Realschulen oder Gymnasien arbeiten möchten.

Die Arbeitslosigkeit trifft neben Berufsanfänger\*innen immer mehr auch erfahrene, jedoch nicht beamtete und nicht entfristet angestellte Lehrkräfte: Bestehende Arbeitsverträge werden immer häufiger nicht verlängert – die Unterrichtsstunden werden stattdessen wieder anderen, neuen Bewerber\*innen angeboten.

In der Antwort auf eine Landtagsanfrage bestätigt das Ministerium selbst, dass die Zahl der befristeten Arbeitsverträge an Grund- und Mittelschulen bzw. an Realschulen allein in den Jahren von 2010 bis 2012 um jeweils deutlich über 100 Prozent angestiegen ist!

Die GEW fordert die Schaffung von neuen, sicheren, guten Arbeitsplätzen für Lehrer\*innen, solange pädagogischer Bedarf besteht. Die GEW unterstützt daher die öffentlichen Aktionen von „Bewegung in Bildung“, einer Initiative junger Lehrer\*innen, gegen die miserable Einstellungspolitik der Staatsregierung und ruft Lehrkräfte, Eltern und Schüler\*innen zur Teil-

nahme an den Flashmobs in München am 19. September und am 20. September in Augsburg auf.

Zulassungsschranken vor dem Referendariat lehnt die GEW weiterhin ab. Sie erwartet von der Staatsregierung zumindest die baldige Vorlage eines Gesetzentwurfs dazu, damit etwas mehr Klarheit für die Lehramtsstudierenden geschaffen wird. Der Entwurf sollte jedoch noch breit diskutiert werden können.

3. Qualität und Verbreitung der Ganztagsangebote in Bayern sind nach wie vor katastrophal. Die bisher verkündeten Ansätze der CSU-Landtagsfraktion reichen keineswegs aus, den Rückstand Bayerns hier endlich abzubauen. Immer noch wird Eltern Verantwortung für Unterstützung zugeschoben, die die Schulen übernehmen müssten. Die GEW fordert die „gebundene Ganztagschule“. Die bisherigen Ganztagsangebote im bayerischen Flickenteppich sind unterfinanziert und personell unterbesetzt. Im Interesse von Schüler\*innen, Eltern und Beschäftigten fordert die GEW eine hohe Qualität bei der Ausbildung des Personals, bei den Beschäftigungsverhältnissen sowie bei den Räumen.

4. Die Verpflichtung zur Inklusion muss nach Auffassung der GEW endlich ernst genommen werden. Selbstzufrieden mit dem Wenigen, was erreicht worden ist, scheinen sich Ministerium und CSU-Fraktion entspannt zurückzulehnen. Die in Aussicht gestellte qualitative Weiterentwicklung des Status quo bleibt aus. Viel zu wenige Schulen, überwiegend Grundschulen, haben den Namen „Schulen mit dem Profil Inklusion“. Inzwischen besuchen mehr Schüler\*innen mit dem Label „(lern)behindert“ die Grundschulen, allerdings ohne dass diese entsprechend ausgestattet sind.

Die personelle, materielle und räumliche Situation ist nach wie vor unzureichend. Hier fordert die GEW z. B. eine deutlich gerechtere Eingruppierung und Bezahlung der vielen Schulbegleiter\*innen. Auch eine qualifizierte und umfassende Fortbildung für neue Aufgaben der Pädagog\*innen findet bisher nicht statt.

5. Die GEW fordert die intensive Fortführung der angelaufenen Debatte über die längst überfällige, grundsätzliche Umgestaltung des Gymnasiums mit allen Beteiligten. Dazu muss endlich auch die CSU ihre ganz konkreten Pläne offenlegen.

6. Die GEW erneuert ihre Forderung nach einer gemeinsamen Schule für alle Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Pflichtschulzeit. Internationale Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse belegen längst die Berechtigung dieser Forderung: Eine Schule für alle ist die Schulform, die die Würde aller Kinder und Jugendlichen wahrt, indem sie niemanden aussondert oder bloßstellt und die das Menschenrecht auf Bildung für alle Kinder und Jugendlichen am ehesten und am besten einlösen kann.

Die Staatsregierung will noch immer um jeden Preis das zergliederte Schulsystem erhalten. Die vereinzelt und unbeholfenen Maßnahmen der Staatsregierung dienen weniger dem Wohl der Schüler\*innen und der beschäftigten Lehrkräfte als dem Erhalt dieses Systems früherer Jahrhunderte.

*PM Nr. 19/2014 v. 12.9.2014*  
*Elke Hahn*  
*[www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)*